

Übersicht IFG Anträge 2018

Antragsgegenstand
Hiermit fordere ich den GKV Spitzenverband auf, offenzulegen - welche Krankenkassen in den letzten 3 Legislaturperioden welchen Vereinen, Einzelpersonen, Projekten in Zusammenhang mit Geschlechtliche Identität / Vielfalt; Transsexualität, Intersexualität; Nicht-Binäre Menschen / Personen Fördermittel, für welche Zwecke in welcher Höhe zur Verfügung gestellt haben
detaillierte Aufstellung, wie viele Angehörige von in Deutschland lebenden Nicht-Deutschen bei Deutschen Krankenkassen im Rahmen der Familienversicherung mit krankenversichert sind. Die Aufstellung soll Ländern, Anzahl Personen und Kosten enthalten.
Forschungsförderung, bei der Forscher für Patienten kurzfristig Geld erhalten können, um nicht im Leistungskatalog der Krankenkassen enthaltene Bestimmungen vornehmen zu können, so dass ein Patient mit einer seltenen Erkrankung zeitnah Hilfe erhalten kann. (weitere Einzelfragen zu Forschung)
sämtliche schriftliche Kommunikation, die von Vertretern des Ministeriums in Bezug auf die neue Medizinprodukteverordnung (MDR) in folgenden Zeiträumen stattgefunden hat: 1. Von Januar 2012 bis einschließlich Dezember 2012 und Januar 2017 bis einschließlich April 2017 mit und von dem BV-Med. 2. Von Januar 2012 bis einschließlich Dezember 2012 und Januar 2017 bis einschließlich April 2017 mit dem Verband VdTÜV, dem TÜV Süd und dem TÜV Rheinland 3. Von Januar 2012 bis einschließlich Dezember 2012 und Januar 2017 bis einschließlich April 2017 mit und von der National Working Group for the Implementation of MDR Dazu gehören u.a., aber nicht ausschließlich, Briefe und der Mailverkehr der genannten Beteiligten in direktem oder indirektem Bezug auf die neue Medizinprodukteverordnung.
Dokumente Verbändetreffen BMG mit Vertretern der ABDA im Juli 2010 (Hintergrund Datenklauaffäre)
Dokumente im Zusammenhang mit der Meinungsbildung BMG Verlängerung Zulassung Glyphosat
Informationen über den Zugang zu medizinischer Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung bzw. Papiere in Deutschland und die Meldepflicht von Krankenhäusern dieses Personenkreises an öffentliche Stellen.
- Geschäftsverteilungsplan der Behörde mit Stand vom 12. Februar 2018 - erweitertes Organigramm der Behörde mit zuständigen Mitarbeitern und Durchwahlen mit Stand vom 12. Februar 2018 - Telefonverzeichnis der Behörde mit Stand vom 12. Februar 2018
Bieterverfahren in Deutschland; öffentlichen Ausschreibungen für CT- und MRT-Geräte oder -Dienstleistungen
- Informationen bez. aktueller Stand der "Anwendung des Versicherten" der elektronischen Gesundheitskarte. - jährlicher Bericht der GKV - Liegen ihnen Informationen vor inwieweit auf eine best. Stellungnahme der BfDI bereits eingegangen wurde? Wie vertritt hier ihr Ministerium die Rechte der Versicherten? Was wird von ihrer Seite getan um diese endlich durchzusetzen?
Absprache mit Lufthansa
Zahlen zu Widerspruchsverfahren gegen MDK-Gutachten
Ausführliche Informationen über die Höhe der Übernahme der Kosten für die medizinische Behandlung

Antragsgegenstand
sämtliche Dokumente, auf deren Basis Bundesminister Jens Spahn die Aussage tätigt, dass wenn man das private [Gesundheits-]System abschafft, "dann warten alle länger"
Bestätigung der Existenz des in einem Artikel genannten Briefes (http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/jens-spahn-krankenschwester-schreibt-emotionalen-brief-an-gesundheitsminister-a-120012.html) sowie anonymisierte Kopie
Terminkalender des Bundesministers aus der 18. WP
Zusammenhang zwischen der Einnahme von Benzodiazepinen bei älteren Menschen mit einer Demenz. Informationen darüber, ob Ihnen weitere Studien vorliegen und ggfs. Änderungen der Zulassungspraxis erwogen werden. Zugang zu den amtlichen Dokumenten in diesem Kontext.
Geldspielgeräte
Protokolle Bund-Länder-Besprechungen 2014-2017, Protokolle und Beschlüsse ärztl. Sachverständigenrat BMAS seit 2010, Termin B-L-Besprechung 2018
bezogen auf 2017 (ggf. 2016): 1. Wie viele Mitarbeiter waren in Ihrer Poststelle beschäftigt? a. Wie viel haben diese Mitarbeiter insgesamt verdient? 2. Auf welche Höhe belief/en sich b. Aufkommen an interner und externer postalischen Kommunikation? c. Ausgaben für interne und externe postalischen Kommunikation? 3. Auf welche Summe belaufen sich die Druck- und Scankosten ihres Ministeriums? Ausgaben bitte so differenziert aufschlüsseln wie möglich (Neuanschaffung und Wartung von Drucker und Scanner, Kosten Druckerpapier, Druckertinte und Weitere). 4. Welche/s Postunternehmen ist der Vertragspartner des Ministeriums?
wann, wo und wer (Z. B. welche Gremien, Personen) haben die Begutachtung von geschlechtsangleichenden Maßnahmen bei Transsexualität festgelegt und wann, wie können diese ggf. reformiert werden? An wen (Personen/Gremien/Organisationen etc.) kann man sich diesbezüglich wenden, damit entspr. Änderungswünsche benannt oder entsprechenden Informationen eingeholt werden können?
- interne Richtlinien oder Handlungsanweisungen (z.B. zur Ansprache von Nutzerinnen und Nutzern o.ä.) mit Bezug zu den Social Media Kanälen des BMG - Konzeptions- oder Strategiedokumente, die zur Ausrichtung der Social Media Kanäle dienen (z.B. Social-Media-Konzept mit definierten Zielgruppen, Maßnahmen, Posting-Verhalten usw.) - Dokumente, in denen das BMG seine Aktivitäten auf Sozialen Netzwerken (Twitter, Facebook, usw.) evaluiert
1. Von welchen aktienkundigen aktuellen Eckdaten geht das Bundesministerium für Gesundheit bezüglich der Pflegesituation in der Bundesrepublik Deutschland aus? 2. Wie groß ist die Anzahl pflegebedürftiger Menschen, d. h.: a) Wie viele pflegebedürftige Menschen (aufgeschlüsselt nach Pflegegrad) werden derzeit zu Hause versorgt? b) Wie viele pflegebedürftige Menschen (aufgeschlüsselt nach Pflegegrad) leben in Heimen oder werden in Krankenhäusern versorgt?

Antragsgegenstand
3. Über welche aktenkundigen Informationen verfügt das Bundesministerium für Gesundheit bezüglich der Altersstruktur der pflegebedürftigen Heimbewohner? 4. Welche aktuellen Maßnahmen führt das Bundesministerium für Gesundheit durch, um die krankenpflegerische Ausbildung des Personals in Pflegeheimen und Krankenhäusern zu verbessern?
Statistiken (gem. der Listung § 6 Nummer 1 IfSG) zu den "meldepflichtigen Erkrankungen" nach dem <i>Infektionsschutzgesetz - IfSG</i> für die Jahre 2012 bis 2017. Angabe darüber welcher Anteil der meldepflichtigen Erkrankungen auf nicht-deutsche Staatsbürger entfällt und welcher Anteil der meldepflichtigen Erkrankungen auf Ausländer mit Aufenthaltstitel und Aufenthaltsgestattung oder Duldung in Deutschland entfällt.- Diese Angaben bitte ebenfalls für die Jahre 2012 bis 2017. welche Weisungslage seitens des BMG an die zuständigen Bundes- und Landesbehörden bestehen, um das Vorliegen einer meldepflichtigen Erkrankung bei der Einreise von Flüchtlingen nach Deutschland feststellen zu können
den kompletten Terminplan der Drogenbeauftragten im Jahr 2018, soweit vorliegend und vorgeplant.
sämtliche Dokumente, in denen die Position der Bundesregierung und des Ministeriums zur neuen Medizinprodukteverordnung abgestimmt worden ist, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. insb. Dokumente, die zur Vorbereitung folgender Treffen dienten sowie die Protokolle dieser Treffen: 1. Rat der EU am 5.10.2015 (inklusive der abstimmenden Treffen des Ausschusses der Ständigen Vertreter im Vorfeld des Treffens) 2. AStV am 15.06.2016 3. AStV im Januar/Februar 2017 bzw. die Treffen, die unmittelbar für die Erarbeitung des EU-Dokuments 10728/16 vom 22.02.2017 angesetzt waren 4. Sämtliche Treffen der Gruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ des AStV zwischen Oktober 2015 und April 2017 alle Dokumente, die innerhalb des Ministeriums, zwischen verschiedenen Ministerien der Bundesregierung und Länderregierungen sowie zwischen verschiedenen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten zur Erarbeitung der Medizinprodukteverordnung (MDR) erstellt wurden, insb. Referentenentwürfe, Briefe, der Mailverkehr und die Protokolle der Sitzungen auf EU-Ebene.
Stellungnahme in dem Petitionsverfahren Aktenzeichen: Pet 2-18-15-8201- 039800 Rubrum: Organisation der Sozialversicherung Drucksache: 19/250. Soweit es sich um eine Petition im Rahmen eines Einzelfalles handelt, hat sich Anfrage erledigt.
Die aktuellen hausinternen Anwendungshinweise zum Umgang mit Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)
ministry expenses for representation purposes
3 Gutachten https://www.bundestag.de/presse/hib/-/551310 http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/016/1901607.pdf
Dienstliche Mobiltelefonnummer Bundesminister
Einblick in Unterlagen Ihres Ministeriums, aus denen hervorgeht, von welchem Titer-Grenzwert Ihr Ministerium bei Masern ausgeht, der a) die Nichterkrankung an Masern garantiert und b) die Unterbindung jeglicher Erregerausscheidung und damit Ansteckung z. B. von Immungeschwächten garantiert

Antragsgegenstand
Ausgaben des Ministeriums für Druckerpapier und Toner im Jahr 2017.
Maßnahmen der Bundesregierung gegen Lärmbelästigung durch getunte Pkw
Wie viele gerettete Suizidenten leben nicht-einwilligungsfähig und schwerstpflegebedürftig noch mehr als sechs Monate nach ihrem Suizidversuch?
kostenlose Überlassung der aufgrund des Beschlusses des BVerfG v. 10.11.2015, Az.: 1 BvR 2056/12 eingeholten drei Gutachten (vorzugsweise als jpg-Datei) .
ländliche Regionen in Deutschland, bei denen vergleichsweise geringste Fluglärmbelastungen zu erwarten sind.
Statistik über Anzahl der beschäftigten Personen, Rückstandsanzeigen sowie Überlastungsanzeigen aufgeschlüsselt nach Referat für die Jahre 2013, 2014, 2015, 2016 und 2017.
aktueller Gleichstellungsplan Ihres Ministeriums
Sämtliche schriftliche Kommunikation, die von Vertretern des Ministeriums in Bezug auf die neue Medizinprodukteverordnung (MDR) in folgenden Zeiträumen stattgefunden hat: 1. Von Januar 2013 bis einschließlich Dezember 2016 mit und von Vertretern des BV-Med 2. Von Januar 2013 bis einschließlich Dezember 2016 mit und von Vertretern des Verbands VdTÜV, dem TÜV Süd und dem TÜV Rheinland 3. Von Januar 2013 bis einschließlich Dezember 2016 mit und von Vertretern der National Working Group for the Implementation of MDR u.a., aber nicht ausschließlich, Briefe und der Mailverkehr der genannten Beteiligten in direktem oder indirektem Bezug auf die neue Medizinprodukteverordnung.
<i>sämtliche Daten über meine Person. Ebenfalls woher diese Daten stammen, an wen meine Daten von Ihnen weitergeleitet und zu welchen Zwecken diese verwendet wurden.</i>
die Kosten, die dem Gesundheitssystem durch den Konsum von Tabak entstehen.
Studie von 1987 „Glücksspieler in Selbsthilfegruppen“
Durch welche aktuellen aktenkundigen Maßnahmen will das Bundesministerium für Gesundheit der erheblichen Gesundheitsgefährdung durch Passivrauchen begegnen?
Verfahrensverzeichnis gem. BDSG § 4g Abs. 2
Informationen zu sämtlichen meldepflichtigen Geschenken, die aktuelle und ehemalige Mitarbeiter Ihrer Behörde während der 18. Wahlperiode mit Bezug zu ihrem Amt erhalten haben, aus denen folgende Angaben hervorgehen: - Art des Geschenkes - Wert - Verwendung
Kopie eines Schreibens von des BMG an die Körperschaften der Selbstverwaltung zur Telematikinfrastruktur.
Die Medien berichten heute von einem Schreiben an die Ärzteschaft, das besagt, dass die eGK Fortbestand haben wird. Können Sie mir dieses bitte nach IFG zukommen lassen?
Akteneinsicht in die Unterlagen des Referates 112 für Arzneimittel- und Heilmittelwerberecht bezüglich meiner Dienstaufsichtsbeschwerde und Antrag auf Ruhen der Zulassung für das Medikament Zolofit

Antragsgegenstand
Sämtliche Direktnachrichten (sog. DMs), die der Twitter-Account Ihres Ministeriums in den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017 und 2018 versendet und erhalten hat.
Daten zu Beschwerden über Behandlungsfehler von 2015 bis 2017 die überprüft wurden. (Wie viele Beschwerden hatten Konsequenzen für einen Arzt; wie viele waren zurückzuführen auf Fehler in der Diagnose? Wie viele Beschwerden haben sich bestätigt?) Gibt es in Deutschland eine Stelle die Fehler in der Diagnostik aufzeichnet? Wenn ja, welche?
Welches aktuelle Förderprogramm für ambulante und stationäre Einrichtungen führt das Bundesministerium für Gesundheit durch?
Ergebnisse des Forschungsprojektes „Möglichkeiten und Grenzen selbstständiger Lebensführung“.
Gesprächs- und ggf. auch Abstimmungsprotokolle und Anwesenheitslisten aller Beteiligten, die über den veröffentlichten, in vielen Punkten aber leider nicht aussagekräftigen Abschlussbericht hinaus Auskunft geben können über z.B.: - welche mögliche weiteren Interessenkonflikte der Beteiligten vorlagen - welche Details zu Themen wie TRIPS/TTIP/Patente/beschl. Zulassungen auf EU-Ebene besprochen wurden - was zu effektiven Begrenzungen der Arzneimittelausgaben im Detail diskutiert wurde - ob sich die pharmazeutischen Unternehmen zu Positivlisten geäußert haben
Daten über die (stationären) Wiederaufnahmen (hospital readmission) in deutschen Krankenhäusern, insbesondere Anzahl (aufgeteilt nach Diagnosen) und Tage seit Entlassung, für das Jahr 2016.
die aktuellen internen Handlungsempfehlungen, Anwendungshinweise bzw. Verwaltungsvorschriften zum Umgang mit Überlastungsanzeigen
Anfrage bezüglich der Studie Ambulantisierung stationärer Einrichtungen im Pflegebereich und innovative ambulante Wohnformen
die hier: https://www.abendblatt.de/hamburg/article214543127/Die-elektronische-Gesundheitskarte-steht-vor-dem-Scheitern.html erwähnte Anfrage der FDP direkt an das BMG und die dazugehörige Antwort
Auflistung an Kunstwerken in Ihrem Bestand inkl. der Angaben zu Künstler*in und Titel. Sofern vorhanden, bitte ich auch um Angaben zum Wert, Erwerbsdatum, und Aufbewahrungsort
sämtliche Unterlagen zu für Maßnahmen „zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“.
Berichte der Bundesländer und maßgeblichen Träger Umsetzung Ratsentschließung der Europäischen Gemeinschaft vom 18. Juli 1989 (89/C189/01)
Was sind die Ergebnisse des vom Bundesministerium für Gesundheit und vom ehemaligen Bundesministerium für Forschung und Technologie seit 1988 geförderten Forschungsvorhabens „Bundesweites Lebensmittel-Monitoring“?
Jegliche Daten zur Anzahl der Einzelgeräte mit IP-Adresse, die von April 2016 bis heute pro Monat mit den IT-Netzwerken des Bundesministeriums für Gesundheit verbunden waren bzw. sind.
Vom 04-07 Juni 2018 fand in Genf eine Konferenz der WHO statt, auf der das Thema Cannabis behandelt wurde. im Vorfeld der Konferenz wurde von der Weltgesundheitsorganisation an die Mitgliedsstaaten ein Fragebogen versendet (http://www.who.int/medicines/access/controlled-substances/ecdd_40_questionnaire/en/) Uns interessiert, welche Antworten die Bundesregierung, bzw. das vermutlich zuständige Gesundheitsministerium gegeben hat. Können diese Dokumente irgendwo eingesehen, oder uns auf diesem Wege zugeschickt werden?
bitte senden Sie mir Folgendes zu:

Antragsgegenstand
- das Schreiben eines Staatssekretärs an den Minister zum Kauf von Selbsttötungsarznei in „extremen Notlagen“ Schwerstkranker - das hierzu erstellte Auftragsgutachten des Verfassungsrechtlers Udo Di Fabio in dieser Angelegenheit - sämtliche Kommunikation zur Erstellung des Gutachtens - sämtliche Unterlagen zum Auswahlverfahren des Verfassungsrechtlers
Welche aktenkundigen Erkenntnisse bzw. Untersuchungen der letzten zehn Jahre liegen dem Bundesministerium für Gesundheit zur Beschaffungskriminalität von Spielsüchtigen vor?
1. Welche aktuellen aktenkundigen Erkenntnisse oder Informationen hat das Bundesministerium für Gesundheit darüber vorliegen, wie sich die Zahl der Vielspieler an Geldspielgeräten und die Zahl der durch das Vielspielen subjektiver Belasteten entwickelt hat? 2. Welche aktenkundigen Erkenntnisse oder Informationen hat das Bundesministerium für Gesundheit darüber vorliegen, dass die Gefährdung der Spielsucht mit der Höhe des auf Zufall beruhenden erzielbaren Gewinns steigt?
im Jahre 1990 hatte die Bundesregierung im Rahmen einer Repräsentativerhebung in den alten Bundesländern das Spielverhalten in der Altersgruppe von 12 bis 39 Jahre erfragen lassen (siehe Drucksache der Deutschen Bundestages 12/1016, Antwort auf Frage N 1., Seite 15). Vor diesem Hintergrund erbitte ich das Ergebnis der o. a. Befragung
Den aktuellen Planungsstand zum Verbot des Versandhandels von rezeptpflichtigen Medikamenten (Umsetzung der Koalitionsvertrag, S.98, vereinbarten Punkte), umfassend: - Mailverkehr zwischen den beteiligten Fachabteilungen im BMG - Gesetzesentwürfe - Gutachten zur europarechtlichen Konformität des Versandhandelsverbots
1984/85 und 1987 hatte das Institut für Therapieforchung im Auftrag der Bundesregierung zehn repräsentative Befragungen zum Thema Vielspieler an Geldspielgeräten an insgesamt 16 000 Personen in insgesamt drei Erhebungszeitpunkten von 1984 bis 1990 durchgeführt (siehe Drucksache der Deutschen Bundestages 12/1016, Antwort auf Frage N 1., Seite 15).
1. Welche aktenkundigen Informationen hat das Bundesministerium für Gesundheit über die Nitratbelastung von Trinkwasser nach der Trinkwasserverordnung der letzten fünf Jahre vorliegen? 2. Was sind die zulässigen Höchstmengen für Nitrat in Trinkwasser?
Ausgaben des Ministeriums für Druckerpapier und Toner im Jahr 2016.
Abschrift des letzten zwei Jahresberichte der internen Revision Ihres Ministeriums
in der Antwort des Staatssekretärs im BMG (Ds. des Deutschen Bundestages 12/1026) vom 5. August 1991) wurde in der Antwort zu der Frage 7 (Seite 7, Absatz 2) ein „im Rahmen des vom MG ab 1. Juli 1991 geförderten Forschungsvorhabens, das ein Zusatzprojekt des Lebensmittel-Monitorings für die neuen Bundesländer darstellt“ erwähnt. Vor diesem Hintergrund erbitte ich die nachfolgenden Dokumente und Ergebnisse vom BMG:: Im Rahmen des vom BMG ab 1. Juli 1991 gefördertes Forschungsvorhaben, das ein Zusatzprojekt des Lebensmittel-Monitorings für die neuen Bundesländer darstellte
Welche Dokumente, Ergebnisse oder Protokolle liegen dem Bundesministerium für Gesundheit über das Fachgespräch mit Regierungsvertretern aus den Niederlanden sowie mit ausländischen Erzeugern- und Vermarktungsorganisationen für Lebensmittel vom 21. März 1991 im Bundesministerium für Gesundheit vor?

Antragsgegenstand
in der Antwort des Staatssekretärs im BMG (Ds. BT 12/1026) vom 5. August 1991 führte dieser in der Beantwortung zu der Frage 14 (Seite 10) u. a. aus: „Im Interesse des vorbeugenden Gesundheitsschutzes der Verbraucher hat das BMG das Bundesgesundheitsamt damit beauftragt, Vorschläge für Nitrat-Höchstmengen zu erarbeiten und gleichzeitig die entsprechenden gesundheitlichen Begründungen vorzulegen.“ Vor diesem Hintergrund erbitte ich die nachfolgenden amtlichen Informationen vom BMG: Die vom Bundesgesundheitsamt erarbeiteten Vorschläge für Nitrat-Höchstmengen und der entsprechenden gesundheitlichen Begründungen, aufgrund des Auftrages des BMG
Bitte nennen Sie mir die Ausgaben des Bundesministeriums für Toilettenpapier im Jahr 2016 und 2017. Falls die Ausgaben so explizit nicht erfasst werden, nennen Sie mir bitte die Ausgaben der Kategorie, unter der dies gefasst wird.
Die Statistiken der Website-Aufrufe Ihrer Ministeriumswebsite in den Monaten Januar bis Juni 2018, aufgeschlüsselt nach Monaten und jeweiliger Anzahl der Besucher
alle Nichtanwendungserlasse der letzten 5 Jahre.
- Das so genannte Non-Paper zum Vorschlag der Europäischen Kommission über die Bewertung von Gesundheitstechnologien und zur Änderung der Richtlinie 2011/24/EU (Health Technology Assessment – HTA) - Sämtliche Stellungnahmen und Positionspapiere von Vereinen, Verbänden, Unternehmen und anderen Interessenvertretern seit Juli 2017, die die Bewertung von Gesundheitstechnologien und die Änderung der Richtlinie 2011/24/EU betreffen
Worin ist die Steigerung des Verbrauchs von Toilettenpapier im Bundesministerium von 6.1 Prozent begründet?
Den Geschäftsverteilungsplan des Ministeriums [ohne personenbezogene Daten der Mitarbeiter]
Übersicht über Anrufungen nach § 12 Abs. 1 IFG der BfDI zu IFG-Verfahren beim BMG 2016+ 2017
Auf welche Höhe belief/en sich a) das Gesamtaufkommen postalischer Kommunikation und b) die Gesamtausgaben für postalische Kommunikation in den Jahren 2016 und 2017? Aufkommen und Ausgaben bitte für beide Jahre separat aufschlüsseln.
Auf welche Summe beliefen sich die Ausgaben für Schreibmaterialien in den Jahren 2016 und 2017? Ausgaben bitte so differenziert aufschlüsseln wie möglich (Stifte, Schreibblöcke, Notizhefte, Post-ITs und weitere) und für beide Jahre jeweils separat.
Auf welcher Höhe belief sich das E-Mail-Aufkommen in den Jahren 2016 und 2017? Wenn eine genaue Beantwortung der Frage nicht möglich ist, so nennen Sie uns bitte einen ungefähren Richtwert. sämtliche Vermerke, Vorlagen, E-Mails oder sonstige Dokumente, die sich auf die Umsetzung des Sterbehilfe-Urteils des BVerwG v. März 2017 ab dem Zeitpunkt der Beauftragung des Gutachters Di Fabio beziehen bzw. auf den behördlichen Entscheidungsprozess, der mit dem Schreiben des Staatssekretärs an das BfArM sein Ende gefunden hat
Drei Richtlinien bzw. Rundschreiben von 1959 bis 1964
Auf welche Höhe beliefen sich die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit im Print in den Jahren 2016 und 2017? Ausgaben bitte so differenziert aufschlüsseln wie möglich (Plakate, Broschüren, interne Publikationen, Jahresberichte und weitere Informationsmaterialien) und für beide Jahre jeweils separat.

Antragsgegenstand
Auf welche Höhe beliefen sich die Ausgaben für Social Media-Aktivitäten in den Jahren 2016 und 2017? Die Angaben für bitte für beide Jahre jeweils separat aufschlüsseln.
Gibt es im Bundesministerium für Gesundheit eine Order auf Papier so gut wie möglich zu verzichten?
Leitungsvermerke und interne E-Mails im Zusammenhang zum Sterbehilferecht, den Anträgen beim BfArM zur Erlaubniserteilung des Erwerbs von Natrium-Pentobarbital und zum Urteil des BVerwG vom 2. März 2017 (Az.: 3.C 19/15)
Auskunft darüber wie das Urteil des BVerwG vom 2. März 2017 (Az.: 3 C 19/15) in den Leitungsvermerken und behördeninternen Mailwechseln bewertet wurde und welche Konsequenzen in den genannten Dokumenten erörtert wurden
Einsicht in den Vorgang zum Urteil des BVerwG vom 2. März 2017 (Az.: 3 C 19/15)
Wöchentliche Grippeinzidenzraten (gemeint ist 'influenza-like illness') auf Bundesebene von Januar 2008 bis Juli 2018
Mitteilungen von Heilpraktikerverbänden und der Arzneimittelkommission der Deutschen Heilpraktiker zum Thema Änderung § 28 Transfusionsgesetz
sämtliche schriftliche Kommunikation/Mails/Protokolle/Einträge von Treffen, Berichte, Auswertungen und Dokumente im Zusammenhang mit der Firma Zimmer Biomet und deren Produkt der Durom-Metasul-Hüftprothese mit a) BfArM b) BMFSFJ und etwaig anderen ggf. involvieren Ministerien und anderen deutschen und internationalen Überwachungsbehörden und der ZLG c) der Firma Zimmer Biomet und ggf. deren Tochterfirmen d) beauftragten Gutachtern und auch Instituten, die im Fall Zimmer Gutachten angefertigt haben e) dem Loretto-Krankenhaus Freiburg f) benannten Stellen in Europa, und der amerikanischen FDA
Information und Gesetzesgrundlage, ob die im Laufe des Jahres über der Beitragsbemessungsgrenze der Pflegeversicherung gezahlten Beiträge zurückerstattet werden.
Informationen und Gesetzesgrundlage, welche Einnahmen bei der Bemessung der Beiträge berücksichtigt werden. Ausschließlich die steuerrelevanten Einnahmen, oder alle?
Übersendung des (Einladungs-)Schreibens sowie um Mitteilung, um welche Sozialverbände es sich bei den Empfängern dieses Schreibens handelt.
"Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung" (Terminservice- und Versorgungsgesetz). 1) Ich bitte um Nennung (Verlinkung/Dokument) der gesetzlichen Grundlage für diese "elektronischen Gesundheitsakten". 2) Ich bitte um Nennung (Verlinkung/Dokument) der gesetzlichen Grundlage für diese "elektronische Patientenakte (ePA)" 3) Können Sie mir bitte für den durchschnittlich gebildeten und durchschnittlich informierten Patienten alle Unterschiede zwischen einer elektronischer Gesundheitsakte (kein Kürzel?) und einer elektronische Patientenakte (ePA) aufführen bzw. entsprechende Dokumente zu senden? 4) Hinweise auf diese so wichtigen gesetzlichen Planungen bzw. Begriffe finden sich leider nicht auf Ihrer Seite. Ich bitte um eine Ergänzung.

Antragsgegenstand
Dokumente, die zu der Einschätzung führten, dass es sich bei dem Tweet der @heuteshow um "absichtliche politische Fehlinformation" handelt bzw. solche Fehlinformation von @heuteshow verbreitet werden + Dokumente und Kommunikation, die zur Freigabe dieses Tweets/Mitteilung des BMG führten(Quelle: https://twitter.com/BMG_Bund/status/1042727274091610113)
- sämtliche Dokumente zur unter folgendem Link erwähnten "Expertenkommission": https://www.bmbf.de/de/masterplan-medizinstudium-2020-4024.html - insbesondere: zu deren Zusammensetzung, sowie - Tagesordnungen und Protokolle von Sitzungen der Kommission, sofern stattgefunden.
Informationen darüber, ob man bei einer Mindestbeitragsbemessungsgrenze nach § 240 IV S. 1 SGB V in Höhe von 1/90 Anspruch auf Krankengeld hat?
die Dokumente, die der Verlag "Der Tagesspiegel" erfolgreich beim Kölner VG zur Einsicht eingeklagt hatte ((6 L 261/18)
Laut Medienberichten haben die Mitglieder des UPD-Beirats (Unabhängige Patientenberatung Deutschlands) dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Herrn Dr. Brauksiepe, in einem Brief auf die fragwürdigen Inhalte der UPD-Webseite hingewiesen. Ich bitte nun um Zusendung des Briefs sowie der in diesem Zusammenhang erfolgten Kommunikation.
How many cancer treatment centers are there in the Federal Republic of Germany? Assuming that these cancer centres do not all provide the same range of treatments, how many of these cancer treatment centres provide treatment for the following diseases/indications? o Primary Liver Cancer (HCC) o Metastatic liver cancer, specifically colorectal (mCRC) liver cancer o Pancreatic cancer o Bladder cancer
in § 22 IfsG wird der Impfausweis geregelt. Gibt es gesetzliche Regelungen und/oder Verwaltungsvorschriften/Verordnungen über Art, Gestaltung und Aussehen des Impfausweises? Ist die Unterschrift des Arztes, die in § 22 IfsG geregelt ist, zwingend eine eigenhändige Unterschrift oder würde ggf. auch eine elektronische (z.B. eingescannte) Unterschrift genügen? Gibt es bereits konkrete Überlegungen und Zeitpläne zur Einbindung von Impfpass-Schnittstellen für die Gesundheitskarte und/oder die elektronische Patientenakte? Gibt es Planungen seitens staatlicher Stellen bezüglich einer App für eine e-Akte, über die auch Impfausweise elektronisch gespeichert werden können
Bitte teilen Sie mir mit, wie hoch der absolute und relative Anteil der Impfschäden an den Behinderungen in Deutschland liegt und wie er sich in den letzten 20 Jahren entwickelt hat. Bitte ergänzen Sie Angaben zu der beunruhigenden Tatsache, dass die Anzahl der durch Krankheit erworbenen Behinderungen parallel zu der weiter steigenden Anzahl der verfügbaren und angewendeten Impfstoffe weiter steigt.
Referentenentwurf "GE Ausstattung eGK mit kontaktloser Schnittstelle Nachfolgende Fragen: Wurde das BSI bereits um Stellungnahme gebeten, welche Auswirkungen die beabsichtigte Maßnahme auf die Sicherheit der Telematikinfrastruktur gem. § 291a ff SGB V haben kann? Wenn Ja, bitte ich um Zusendung dieser Stellungnahme. Wenn Nein: Warum wurde eine solche Stellungnahme nicht angefordert? Wurde ggf. eine andere Stelle (Universität, Unternehmen etc.) um eine entsprechende Stellungnahme gebeten? Wenn Ja, welche? Wenn Ja, bitte ich um Zusendung dieser Stellungnahme. sowie weitere Fragen

Antragsgegenstand
formlose Auskunft, in wie vielen Fällen Anträge gem. IFG auf Einsicht in Unterlagen gestellt wurden, die sich auf die Berichterstattung im Tagesspiegel über Vermerke des BMG zum Sterbehilfe-Urteil des BVerwG beziehen, und wie diese Anträge bisher beschieden wurden.
Anerkennung Berufsqualifikationen
Es wird von einer Einigung auf ein "Grundkonzept für die elektronische Patientenakte" berichtet. Ich bitte um die Zusendung 1) dieses abgestimmten Grundkonzeptes, 2) der Einladung zu dieser Veranstaltung, 3) der Teilnehmerliste dieser Veranstaltung.
bis spätestens 2021 sollen alle Versicherten eine elektronische Patientenakte (EPA) nutzen und auf die Daten auch über mobile Geräte wie Smartphones zugreifen können." Ich bitte dazu um die Zusendung von Dokumenten, aus denen folgendes hervorgeht: 1) Ist die elektronische Patientenakte eine PFLICHTANWENDUNG? 2) Gibt es Planungen, die elektronische Patientenakte zu einer PFLICHTANWENDUNG zu machen? Wenn ja, so bitte ich um die Zusendung dieser Unterlagen.
Die Gematik hat bereits seit vielen Jahren diesen Auftrag gemäß SGB 5 §291a Abs 5c und sollte bis Ende 2018 damit fertig sein. Senden Sie mir bitte 1) die Dokumente der Gematik, die den aktuellen Stand der Umsetzung zum Inhalt haben sowie 2) Ihre Schreiben mit Bezug auf diese Dokumente.
Ich beantrage hiermit, dass Sie mir das Grundkonzept für die elektronische Patientenakte im beschlossenen Wortlaut (ggf. auch dazu gehörende weitere Unterlagen) in elektronischer Form zur Verfügung stellen.
Informationen darüber, ob bei einem Mindestbeitrag von 1/90 nach § 240 Abs. 5 S. 1 SGB V der Krankengeldbezug im Fall der Fälle möglich ist?
Übersicht über bisherigen und aktuellen in Auftrag gegebenen Studien der seitens der Krankenkassen in Deutschland
Die Prüfberichte die von IT-Sicherheitsunternehmen für die Vivy-App erstellt wurden, insbesondere die Berichte durch die Firmen TÜV Rheinland i-sec GmbH, ePrivacyseal GmbH, Blue Frost Security GmbH und ERNW Enno Rey Netzwerke GmbH durchgeführt wurden. Falls Ihnen als zuständige Aufsichtsbehörde diese Prüfberichte vorliegen bitte ich um Zusendung.
Sämtliche vorliegenden Organisationspläne Ihres Ministeriums seit Gründung.
Senden Sie mir bitte alle vorliegenden Dokumente zur sogenannten ELEKTRONISCHEN GESUNDHEITSAKTE (beispielsweise Vivy, TK-Safe, AOK-Digitalakte usw.). Als oberster Ansprechpartner für Patienten liegen Ihnen solche Unterlagen vermutlich vor. Senden Sie mir zunächst bitte so viele Dokumente, wie es eine Einfache Anfrage ermöglicht. Mit der Schwärzung personenbezogener Daten bin ich einverstanden.
Informationen („das zentrale Dokument“) zu einem Vertragsverletzungsverfahren, von dem er nur weiß, dass es Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre stattgefunden hat und dass es um die Tätigkeit von Allgemeinmediziner im fachärztlichen Bereich ging. Im Anschluss an

Antragsgegenstand
das Vertragsverletzungsverfahren seien zu diesem Thema Regelungen im Landesrecht erlassen worden. Jetzt gäbe es wieder Probleme, daher wolle er sich informieren.
bitte senden Sie mir Folgendes zu: Inwieweit ist das Umweltbundesamt über die in der verlinkten Info bloßgestellten klima- und umweltschädlichen sogenannten "Geoengineering-Operationen" informiert? https://www.geoengineeringwatch.org/global-weather-modification-assault-causing-climate-chaos-and-environmental-catastrophe-2/
bitte senden Sie mir Folgendes zu: 1) Ihre Richtlinien, nach denen die Vergabe von Aktenzeichen erfolgt. bzw. 2) welche Software ist bei Ihnen im Einsatz, die die Aktenzeichenvergabe automatisch durchführt?
1) Stellungnahme des Patientenbeauftragten zum Gesetzentwurf mit dem § 68 SGB V in seiner jetzigen Fassung beschlossen wurde. 2. Gesetzliche oder hausinterne Regelungen, die sicherstellen, dass die Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Patientenbeauftragten unabhängig arbeiten können, obwohl sie Mitarbeiter des BMG sind.
Wieso sind bei Zigaretten- und Tabakprodukten die Angaben über den Nikotin-Gehalt nicht mehr vorhanden?
Jegliche Korrespondenz, Akten, Unterlagen und Vermerke des BMG aus dem Jahr 2018 zur Planung, zu Entwürfen und zu Änderungen an den §§ 137e und 137h SGB V. Insbesondere: Sämtliche Referentenentwürfe aus Ihrem Hause zu den §§ 137e und 137h Sämtliche vorbereitenden Unterlagen, Verhandlungsleitlinien und Formulierungshilfen Ihres Hauses zur geplanten Änderung der §§ 137e und 137h. Sämtliche BMG-interne Korrespondenz zu den §§ 137e und 137h SGB V im Jahr 2018. Mögliche Rechtsgutachten zu den §§ 137e und 137h, die von Ihrem Hause in Auftrag gegeben worden sind. Etwaige Änderungsanträge einzelner Fraktionen zu den §§ 137e und 137h SGB V. Unterlagen, die aufzeigen, auf wessen Initiative sich die Befassung ihres Hauses mit den §§ 137e und 137h gründet
(zum wiederholten Mal) um Zugang zu amtlichen Informationen, konkret um Auskunft, welche Universitäten u. Hochschulen bzw. Postgraduiertenstudiengänge der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn absolviert hat, welche Preise und Auszeichnungen, Stipenden, Grants und Prämien er während seines Studiums erhalten hat, welche Auslandsaufenthalte /Austauschprogramme er während seines Hochschulstudiums absolviert hat.
sämtliche Dokumente, auf deren Basis Bundesminister Jens Spahn diese Aussage tätigt: „Da wo die meisten Psychotherapeuten auch zugelassen sind, in den Städten und Regionen, sind die Wartezeiten mit am längsten.“
bitte ich Sie mir den Bericht zukommen zu lassen, den der GKV-Spitzenverband bis zum 31.1.2019 nach §291a Abs 5a Satz 6 SGB V zu erstellen und an sie zu übermitteln hat, sobald dieser Ihnen vorgelegt wird.
Auskunft, welche Abteilung/welches Referat innerhalb des Bundesgesundheitsministeriums federführend für die Erstellung des Terminservice- und Versorgungsgesetzes (TSVG) verantwortlich war und von wann der Regierungsentwurf des TSVGs unter https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/T/Kabinetttvorlage_Gesetzesentwurf_TSVG.pdf auf der Internetseite des Bundesgesundheitsministeriums stammt.
- eine Liste der Informationen zu den bekannten Risiken im Bereich Luftschadstoffe (Feinstaub, Ultrafeinstaub, NO2)

Antragsgegenstand

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">- die interne Kommunikation zu den bekannten Risiken / Gesundheitsgefährdungen durch Luftschadstoffe (Feinstaub, Ultrafeinstaub, NO₂), insbesondere mit dem BMVI- die interne Kommunikation zu den bekannten Risiken / Gesundheitsgefährdungen durch Luftschadstoffe (Feinstaub, Ultrafeinstaub, NO₂) mit deutschen Automobilherstellern / Automobilzulieferern |
|--|